

Wilsdruffer Tageblatt

Kernbrotcher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Vermerk: Gleich mit Wilsdruff der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 5 Mk., doch unter Vorbehalt zu erfragen in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 5.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12.25 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unter Vorbehalt und Erschließung nehmen folgende Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1.50 Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltigen Korpuszeile 3.50 Mk. Bei Bezeichnung und Zeitraumbestimmung entsprechende Preisnachlass. Preisnachlassungen im amtlichen Teil nur von Behörden. Die 2 gespaltene Korpuszeile 4.50 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachweisungsanspruch ist, wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißner, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 242.

Sonnabend den 15. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Schule zu Grumbach.

Montag den 17. Oktober 1921 nachmittags 2 Uhr Beginn des Mädchen-Fortbildungsschul-Unterrichts. Alle Oftern 1921 aus der Volksschule entlassenen Mädchen sind fortbildungsschulpflichtig. Ueber den gegenwärtigen oder kommenden Besuch anderer Unterrichts-Anstalten ist ein Nachweis hierher zu erbringen.

Wilsdruff, am 13. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Grumbach, am 13. Oktober 1921

Die Schulleitung.

kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung nahm in einer amtlichen Erklärung zu der durch die Genfer Beschlüsse geschaffenen Lage Stellung.
- * In Berlin finden Besprechungen der Parteiführer mit dem Kanzler über die Frage der Regierungsumbildung statt.
- * Im Preussischen Landtag hielt Präsident Heinert im Namen der großen Mehrheit eine Protestrede gegen die Zerstückelung Oberschlesiens.
- * Die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ richteten an den Völkerbundsrat, Lloyd George, Harding, Bonomi und Rittl Proteste gegen die Zerstückelung Oberschlesiens.
- * Die ungünstigen Nachrichten über die oberschlesische Frage haben die Kurse für ausländische Zahlungsmittel in Berlin sprunghaft in die Höhe getrieben. Der Dollar stieg bis auf 143%.
- * London wünscht angeblich eine Nachprüfung, ob der Genfer Schiedsspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages übereinstimmt.
- * Der Oberste Rat wird im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche in London zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien zu erörtern.
- * Senator Anoy ist in Washington gestorben.

Betrogen!

Die deutsche Regierung muß, als wenn sie an Oberschlesien, an deutschem Land und deutschem Volk kein eigenes Interesse mehr haben dürfte, auf den genauen Inhalt der Entscheidung des Völkerbundsrates ebenso warten wie etwa die Einwohner von China oder Brasilien. Nicht eine amtliche Mitteilung über das, was in Genf beschlossen worden ist, hat sie bisher erreicht. Unter diesen außerordentlich betrübnissen Umständen zu der neuen Lage klare Stellung zu nehmen, bedeutet für das Kabinett Wirth eine schier unerfüllbare Zumutung. Die Reichsregierung hat es deshalb vorgezogen, in einer amtlichen Mitteilung zunächst nur die allgemeine Erregung zu befähigen, die die Nachrichten aus Genf im ganzen deutschen Volke hervorgerufen haben. Eine Entscheidung, wie sie danach zu befürchten sei, würde von Deutschland als Vergeßlichkeit und hartes Unrecht empfunden werden, sie würde unablässige Demütigungen und Injustizien zur Folge haben und dem deutschen Wirtschaftskörper eine unheilbare Wunde schlagen. Ränne es so, wie die Ankündigungen aus Genf erwarten lassen, so würden die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches abwickelt und geführt hat.

Soweit die Regierung. Sie behält sich also offensichtlich ihre letzte Entscheidung noch vor, auf die selbstverständlich von den Parteien nach verschiedenen Richtungen hin eingewirkt wird. Inzwischen ist der Völkerbundsrat endlich auseinandergegangen. Mit Worten des Lobes hat Präsident Sibihi seine Mitarbeiter entlassen, und eine längere Darlegung des Völkerbund-Sekretariats sucht, ohne der Welt den Inhalt des abgegebenen Gutachtens des näheren zu verraten, mit ungläublich verlegenen Redensarten zu begründen, warum die Entscheidung so wie es geschehen ist getroffen wurde. Selbstverständlich erklärt man, daß man sich genau an die Vorschriften des Friedensvertrages gehalten habe. Wenn man trotzdem zu einem Ergebnis gekommen ist, das kein Mensch vor und seit diesem Friedensvertrage für möglich gehalten hätte, das Dr. Lulajschel, der Vorsitzende des deutschen Schutzbundes in Oberschlesien mit Recht für irrsinnig erklärt hat, so braucht das amtliche Genfer Kommuniqué vergeblich viel Worte, um sich deswegen vor der Welt zu rechtfertigen. Man hört aus allem nur den offenkundigen Vorübersein festgefesselter Entschlüsse heraus, sich so zu entscheiden, daß den Lieben, von Frankreich jährlich beschlagnahmten Polen ein möglichst fettes Gericht aufgetragen werden konnte. Alle Gründe und Beweise, mit denen Deutschland von Anfang an die Unheilbarkeit des Industriegebietes dargelegt hat, werden hervorgehoben, um — mit einem Sprung von halbdresdenerischer Nähe zu der Forderung zu gelangen, daß Oberschlesien geteilt werden müsse! Nur müsse diese Teilung so vorgenommen werden, daß sie nicht zugleich zur wirtschaftlichen Verwüstung des Landes führe, und diese Sorge habe man sich unter Zuhilfenahme von Sachverständigen ordentlich angelegen sein lassen. So seien Vorschläge entstanden über die Fortführung der Verwaltung des Landes und über eine Reihe wichtiger Übergangsbestimmungen für längstens 15 Jahre. So lange also soll Deutschland seine ganze Wirtschaftskraft aufwenden, um die kostbaren Gebiete nur in

recht ordentlich zusammenzuhalten, recht produktiv zu entwickeln und sie schließlich in echt deutscher Vollkommenheit an Polen übergeben zu können. Eine Lösung, die man verflucht geseht nennen könnte, wenn sie nicht so verzeufelt dumm wäre. Der deutsche Michel hat sich nicht gerade als ein Ausbund von Selbstsucht und Eigennutz erwiesen, aber so töricht wird er hoffentlich nicht sein, um dieser gemacht naiven Dreistigkeit des Völkerbundsrates zum Zuge zu verhelfen.

Ganz einzig ist man sich freilich im Ententelager noch nicht, wie dieser neue Schurkenstreich gegen Deutschland vollendet werden soll. In Paris möchte man ihn Hals über Kopf, ohne viel Formalitäten ins Werk gesetzt sehen, während London noch ein etwas unständlicheres Verfahren für nötig hält und deswegen eine neue Sitzung des Obersten Rates fordert. Darüber scheinen sich die beiden Verbündeten wieder etwas in die Haare geraten zu wollen. Ob indessen diesmal Lloyd George oder Briand seinen Willen durchsetzt, für Deutschland käme es daran wenig an. Gefotten oder gebrochen zu werden, macht nichts für denjenigen, der auf das Herdfeuer gebracht werden soll, einen herzlich geringen Unterschied. Daß von Lloyd George nichts Gutes mehr für uns zu erwarten ist, darüber wird der Bericht des deutschen Votstachters über seinen Empfang beim britischen Minister des Auswärtigen wohl nicht den geringsten Zweifel gelassen haben. Man kann es sich für uns nur noch darum handeln, ob und welche Rettung für Oberschlesien wir noch in uns selbst zu finden vermögen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Reichsregierung und beim Reichstag.

Die deutsche Mark bleibt.

Die amtliche Mitteilung des Völkerbundsrates, die nach Schluß der Tagung ausgegeben wurde, verleiht jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Bestimmungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Angelegenheit dieser neuen Grenzführung abgeklärt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die

Beibehaltung der deutschen Mark

als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte, wie Kohle und Holz, und den Schutz der polnischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Übergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens fünfzehn Jahre dauern soll.

Die Zerstückelung Oberschlesiens.

Die vorgeschlagene Grenz.



Was ist zu tun?

Die Kabinettsberatungen in Berlin

Die durch die Genfer Beschlüsse hervorgerufene Regierungskrise verdunkelt in Berlin nach wie vor den politischen Himmel, aber sie scheint im Augenblick doch noch nicht zum vollen Ausbruch zu kommen, sondern man überlegt sich jetzt dessen erst einmal die Frage, was dann geschehen soll, wenn das Kabinett zurückgetreten ist. Das ist eine durchaus richtige Haltung der maßgebenden Kreise, denn es kommt jetzt — das hat man aus den schimmern Erfahrungen bei früheren Regierungswechseln in kritischen Augenblicken glücklicherweise gelernt — vor allem darauf an, im entscheidenden gefährlichen Moment eine aktionsfähige Regierung zu erhalten.

Dementsprechend ist man vorläufig dahin übereingekommen, daß das Kabinett Wirth seinen geplanten Rücktritt unter keinen Umständen überstehen soll. Man wird erst die amtliche Bekanntgabe des Völkerbundbeschlusses abwarten, und wird dann erst in eine genaue sachliche Prüfung der Wirkungen dieses Genfer Beschlusses, besonders nach der wirtschaftlichen Seite hin, eintreten. Der springende Punkt ist bei allem die Frage, ob unter den neu geschaffenen unendlich erschwerten Umständen das Programm der Erfüllung des Ultimatus noch aufrecht erhalten werden kann, welches die politische Grundlage des Kabinetts Wirth bildet. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß dazu keine Möglichkeit bestehe, und daß man, falls die Genfer Beschlüsse sich in der jetzt bekannten Form befähigen, versuchen muß, eine Herabsetzung unserer Verpflichtungen zu erreichen. Gleichzeitig hält man mehr als je gerade im jetzigen Augenblick eine Zusammenfassung aller Kräfte und damit

eine Verbreiterung der Regierungsbasis

für notwendig, einestheils, um der Regierung die nötige Festigkeit nach außen hin zu geben, andererseits, um ihr jetzt alle irgend erreichbaren Hilfsmittel im Innern aufzustellen. Die Meinung des Kanzlers geht dahin, daß eine Lösung der neuen Schwierigkeiten nur durch internationale Verhandlungen erzielt werden kann und es müsse Deutschlands Bestreben sein, das Ausland endlich davon zu überzeugen, daß durch einen Verzicht Oberschlesiens die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenhaft gezoogen wird und daß Deutschland an solchen internationalen Besprechungen teilnehmen muß. Zunächst glaubt er, daß es unumgänglich nötig ist, das Erfüllungsprogramm grundsätzlich aufrechtzuerhalten, aber keine Einschränkung anzustreben. Dazu bedarf es energischer Schritte, die durch eine plötzliche Regierungskrise nur verhindert werden könnten. So werden augenblicklich vor allem die

Kreditverhandlungen mit der Industrie

eifrig fortgesetzt, weil nur dadurch das Reich bald in den Besitz der dringend notwendigen Geldmittel kommt. Dieses Unternehmen scheint aber ohne gleichzeitige Verwirklichung der „großen Koalition“ wenig Aussicht auf Erfolg zu haben, weshalb die Anstrengungen des Kanzlers gleichzeitig auf deren Zustandekommen gerichtet sind. Bei den Parteien herrscht allerdings noch keineswegs Einigkeit über die Schritte, die jetzt getan werden müssen. Während die Sozialdemokraten das Kabinett Wirth halten wollen, oder doch den jetzigen Kanzler auch mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen wollen, scheinen die Demokraten zu beabsichtigen, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Allerdings genießt Dr. Wirth persönlich auch bei den Demokraten ebenso wie beim Zentrum nach wie vor volles Vertrauen. Die Entscheidung darüber, ob das Kabinett bleibt, ob es nur eine geringe Veränderung oder eine völlige Neubildung erfährt, wird in diesen Tagen in Besprechungen mit den Parteiführern gefaßt. Zur obersten Frage selbst wird dann der Reichstag voraussichtlich in der nächsten Woche Stellung nehmen.

Und der Friedensvertrag...?

Stimmen des Auslandes.

Wenn es auch durchaus verfehlt wäre, eine Wendung zum Besseren in der oberschlesischen Entscheidung vorzutauschen, so erwarten die Meinungsverschiedenen zwischen den Ententestaaten zu erwarten, denn diese haben sich in allen strittigen Fällen immer sehr rasch auf unsere Kosten eingelassen, so verdienen doch einige bedeutende Stimmen Bedauern, die sich besonders in London erheben, wo man